

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE

UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN

Rundmail Nr. 2 / 21. März 2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Lukaschenko-Regime hat seine Repressionsmaßnahmen gegen die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Belarus erneut verschärft. Im Februar verurteilte ein Gericht zehn Angehörige der Gruppe Rabochy Rukh (Arbeiterbewegung) zu Freiheitsstrafen zwischen 11 und 15 Jahren! (Einzelheiten im angehängten Flyer.) Das „Verbrechen“ dieser Kollegin und ihrer neun Kollegen: Sie haben versucht, gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahlen von 2020 landesweite Streiks für Neuwahlen zu koordinieren, um der Demokratie und den Rechten der arbeitenden Menschen in Belarus Geltung zu verschaffen.

Unsere Antwort darauf sollte sein, unsererseits unsere Solidarität mit den verfolgten Gewerkschafter:innen zu verstärken. Wir bitten deshalb darum, die Unterschriftensammlung für die Freiheit der inhaftierten Kolleg:innen, darunter die führenden Mitglieder der Konföderation demokratischer Gewerkschaften und der Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie, auszuweiten, in den Gremien Solidaritätserklärungen zu beschließen und an die Botschaft von Belarus zu senden. Einen um Rabochy Rukh erweiterten Flyer findet Ihr im Anhang, dazu noch einmal die Beispieltex te für Unterschriftensammlung und Gremienbeschlüsse, die Ihr so verwenden, aber entsprechend Eurer konkreten Bedingungen auch verändern könnt.

Es wäre schön, wenn Ihr uns über Eure Aktivitäten auf dem Laufenden halten würdet. Lasst es uns bitte auch wissen, wenn Ihr Unterstützung benötigen solltet. Möglichkeit zur Kontaktaufnahme besteht wie bisher über amnesty@igmetall.de oder ulrichbreitbach@arcor.de

Weitere aktuelle Informationen:

In Ihrem 14-tägigen Newsletter meldet Solidarnast, die Vereinigung der unabhängigen Gewerkschafter von Belarus in Deutschland, unter anderem:

- Die polnische Gewerkschaft Solidarnosc organisiert eine Postkartenkampagne für die Freiheit der Gewerkschaftskolleg:innen in Belarus. Auf den Karten ist jeweils das Foto eines/er politischen Gefangenen abgebildet. Sie werden an die belarussische Botschaft in Warschau gesendet. Bisher wurden einige tausend Postkarten verschickt.
- Auf einer Kundgebung anlässlich des internationalen Frauentages in Bremen informierte Lizaveta Merliak von Solidarnast über die 155 wegen ihrer Überzeugungen in Belarus inhaftierten Frauen, unter ihnen die Gewerkschaftskolleginnen Irina But-Husaim, Hanna Ablab, Yanina Malash und Zinaida Mikhniuk.
- Es gibt in Belarus zahlreiche Entlassungen und dazu die Verweigerung der Verlängerung von Zeitarbeitsverträgen aus politischen Gründen. Den Betroffenen, darunter auch alleinerziehende Eltern und Eltern mit mehreren Kindern, ist es fast unmöglich, eine neue Arbeit zu finden, weil offensichtlich schwarze Listen existieren. Für die Entlassung reicht es, bei der Präsidentschaftswahl 2020 für einen oppositionellen Kandidaten unterschrieben oder Menschen materiell unterstützt zu haben, die vom Regime mit willkürlichen Bußgeldern belegt worden sind.

- Das Exekutivkomitee des Europäischen Gewerkschaftsbundes protestierte anlässlich seiner Sitzung am 10. März gegen die Urteile gegen führende Mitglieder der Unabhängigen Gewerkschaften in Belarus und forderte ihre Freilassung.
- Die französische Gewerkschaft CGT fordert ebenfalls die sofortige Freilassung der Gewerkschaftsführer der Konföderation der Demokratischen Gewerkschaften von Belarus. Die französischen Gewerkschaften aller Richtungen fordern die französische Regierung auf, ihre Aufmerksamkeit auf das Schicksal inhaftierten Mitglieder der unabhängigen Gewerkschaften in Belarus zu lenken.

Was gibt es sonst Neues?

- Der Newsletter Nr. 6 ist in Arbeit. Er wird Artikel zu Belarus und Iran und Meldungen oder kürzere Texte u. a. zur Antistreikgesetzgebung in England, zur in Kambodscha inhaftierten Gewerkschaftern Chhim Sithar und zur Lage der Arbeitsmigrant:innen in Katar nach der Fußballweltmeisterschaft enthalten.
- Ebenfalls in Arbeit ist eine kurze Präsentation zur Vorstellung unserer Aktion und unserer Initiative für Vertrauensleute-Versammlungen, Delegiertenversammlungen und andere Gremien.
- Unsere Seite auf der Homepage des IG Metall-Bildungszentrums Sprockhövel füllt sich mit Inhalt. Neben regelmäßig ergänzten Informationen enthält sie die Möglichkeit, Material herunterzuladen oder auch per elektronischer Unterschrift unsere aktuelle Aktion zu unterstützen. Schaut mal drauf und meldet zurück, ob sie so für Euch praktikabel ist oder ob Ihr Verbesserungsvorschläge habt.
- Für den 1. Mai ist ein Infostand auf dem Fest der Ruhrfestspiele in Recklinghausen geplant. Kolleginnen und Kollegen aus der Region, die mitwirken wollen, sind herzlich willkommen.

So weit für heute. Herzliche Grüße
Uli Breitbach



Unterstützung verfolgter Gewerkschafter:innen
Eine Initiative der IG Metall in Kooperation mit Amnesty International

Vorlage für eine Unterschriftensammlung

An die Botschaft der Republik Belarus in der Bundesrepublik Deutschland
Am Treptower Park 32, 12435 Berlin
E-Mail: germany@mfa.gov.by

Sehr geehrter Herr Botschafter,

die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, Mitglieder der IG Metall (oder ggf. einer anderen Gewerkschaft) bei ... (Name des Betriebes oder der Geschäftsstelle) fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von

Aliaksandr Yarashuk, Vorsitzender des Kongresses der demokratischen Gewerkschaften in Belarus (BKDP), verurteilt zu vier Jahren Gefängnis;

Siarhei Antusevich, stellvertretender Vorsitzender der BKDP, verurteilt zu zwei Jahren Gefängnis;

Iryna But-Husaim, Finanzverantwortliche der BKDP, verurteilt zu eineinhalb Jahren Gefängnis;

Hennadz Fiadynich, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft der Beschäftigten in der Radioelektronik-Industrie (REP), verurteilt zu neun Jahren Gefängnis in verschärftem Vollzug;

Vasil Berasneu, kommissarischer Vorsitzender der REP, verurteilt zu neun Jahren Gefängnis in verschärftem Vollzug;

Vatslau Areshka, Redakteur der Gewerkschaftszeitung der REP, verurteilt zu acht Jahren Gefängnis.

Sie wurden nur deshalb verurteilt, weil sie sich für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen eingesetzt haben und für freie Gewerkschaften und Demokratie eingetreten sind. Ihre Inhaftierung ist willkürlich und widerspricht allen rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Wir fordern zudem die Freilassung aller anderen verfolgten unabhängigen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie aller politischen Gefangenen in Belarus.

Name

Anschrift

Betrieb

Vorlage für Beschlüsse von Gremien

Sehr geehrter Herr Botschafter,

wir setzen Sie über den Beschluss in Kenntnis, den... (Name des Gremiums, Geschäftsstelle, Betrieb etc.) am ... gefasst hat und bitten Sie, ihn an die Regierung von Belarus weiterzuleiten.

Der Beschluss lautet:

Internationale Solidarität ist einer der Grundpfeiler der Gewerkschaftsbewegung. Sie bedeutet an erster Stelle: Solidarität mit den in zahlreichen Ländern verfolgten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. In Belarus sitzen viele unserer Kolleginnen und Kollegen seit den von Lukaschenko gefälschten Präsidentschaftswahlen im Gefängnis, weil sie für freie Gewerkschaften und Demokratie eintraten.

Unter ihnen befinden sich:

Aliaksandr Yarashuk, Vorsitzender des Kongresses der demokratischen Gewerkschaften in Belarus (BKDP), verurteilt zu vier Jahren Gefängnis;

Siarhei Antusevich, stellvertretender Vorsitzender der BKDP, verurteilt zu zwei Jahren Gefängnis;

Iryna But-Husaim, Finanzverantwortliche der BKDP, verurteilt zu eineinhalb Jahren Gefängnis;

Hennadz Fiadynich, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft der Beschäftigten in der Radioelektronik-Industrie (REP), verurteilt zu neun Jahren Gefängnis in verschärftem Vollzug;

Vasil Berasneu, kommissarischer Vorsitzender der REP, verurteilt zu neun Jahren Gefängnis in verschärftem Vollzug;

Vatslau Areshka, Redakteur der Gewerkschaftszeitung der REP, verurteilt zu acht Jahren Gefängnis.

Ihre Verurteilung ist willkürlich und widerspricht allen rechtstaatlichen Grundsätzen. Wir fordern ihre sofortige Freilassung und die aller anderen inhaftierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie aller politischen Gefangenen in Belarus.

Außerdem erinnern wir daran, dass auch Belarus das Übereinkommen Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes ratifiziert hat. Wir verlangen die Einhaltung dieser für die Demokratie und die Arbeitnehmerrechte wesentlichen und unverzichtbaren Normen.

(Unterschrift des Vorsitzenden des Gremiums, der Geschäftsstelle...)



Solidarität mit unseren Kolleg:innen in Belarus

Nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen vom August 2020 haben sich die Menschen in Belarus gegen das Regime erhoben. Im Zentrum des Widerstandes steht die unabhängige Gewerkschaftsbewegung des Landes. Sie kämpft für Demokratie, Neuwahlen und das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich zur Vertretung ihrer Interessen in freien Gewerkschaften zusammenzuschließen. Die Antwort des Lukaschenko-Regimes: Massenverhaftungen und Justizterror. Heute befinden sich etliche unabhängige Gewerkschafter:innen in Haft. Stellvertretend seien genannt:



Aliaksandr Yarashuk (Bild Mitte), Vorsitzender des Kongresses der demokratischen Gewerkschaften von Belarus (BKDP), verurteilt zu 4 Jahren Gefängnis,

sein Stellvertreter **Siarhei Antusevich** (Bild links), verurteilt zu 2 Jahren Gefängnis,

die Buchhalterin und Medienbeauftragte des BKDP **Iryna But-Husaim** (Bild rechts), verurteilt zu 1,5 Jahren Gefängnis.



Henadz Fiadynich (Bild links), ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft der Beschäftigten der radioelektronischen Industrie (REP), verurteilt zu neun Jahren in verschärftem Vollzug,

Vasil Beresnieu (Bild Mitte), kommissarischer Vorsitzender der REP, ebenfalls zu 9 Jahren in verschärftem Vollzug verurteilt,

Vatslau Areshka, Redakteur der Gewerkschaftszeitung, verurteilt zu 8 Jahren Gefängnis.

Sie und alle anderen inhaftierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Belarus brauchen unsere Solidarität! Wir bitten deshalb darum:

- Unterstützt die Unterschriftensammlung an die Botschaft von Belarus.
- Beschließt Solidaritätsadressen in Euren Gremien.
- Schreibt Briefe in die Gefängnisse.

Jede Aktivität stärkt den Kolleginnen und Kollegen in Belarus den Rücken und ist ein Beitrag für Gewerkschaftsfreiheit international!

Kontakt und weitere Informationen: ulrichbreitbach@arcor.de



Hanna Ablab, geb. 1978. Angestellte der belarussischen Eisenbahn, Mutter dreier Kinder. In Haft seit 22. September 2021 wegen Unterstützung lokaler Streiks.

Verurteilt wegen „Hochverrat“ zu 11 Jahren Straflager.

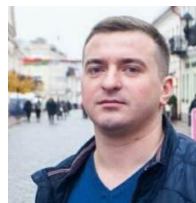


Aliaksandr Kapshul, geb. 1978. In Haft seit 24. September 2021. stellvertretender Vorsitzender der Unabhängigen Gewerkschaft von Belarius in der Ölraffinerie Naftan.

Verurteilt zu 15 Jahren Gefängnis.



Siarhei Dziuba, geb. 1976. Angestellter der belarussischen Eisenbahn. Verurteilt wegen „Hochverrat“ zu 12 Jahren Straflager.



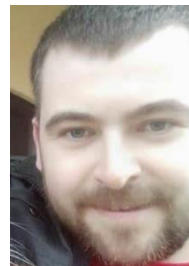
Siarhei Shelest, geb. 1992. Angestellter im Chemiewerk Grodno Azot und in Haft seit dem 20. September 2021. Verurteilt wegen „Hochverrats“ zu 14 Jahren

Straflager.



Aliaksandr Hashnikau, geb. 1987. Finanzsekretär der Unabhängigen Gewerkschaft von Belarus im Stahlwerk BMS. Verurteilt wegen „Hochverrat“ zu 14 Jahren

Straflager.



Uladzimir Zhurauka, geb. 1985. Angestellter im Chemiewerk Grodno Azot und in Haft seit dem 18. September 2021. Verurteilt wegen „Hochverrat“ zu 15 Jahren Straflager.



Ihar Mints, geb. 1977. Angestellter bei der Erdölraffinerie Naftan. In Haft seit dem 23. September 2021. Verurteilt wegen „Hochverrat“ zu 12 Jahren Straflager.

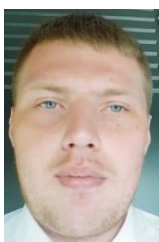


Andrei Paheryla, geb. 1991. Angestellter im Chemiewerk Grodno Azot und in Haft seit dem 17. September 2021. Verurteilt wegen „Hochverrat“ zu 14 Jahren Straflager.



Valiantsin Tseranevich, geb. 1975. stellvertretender Vorsitzender der Unabhängigen Gewerkschaft von Belarus im Chemiewerk

Grodno Azot. Verurteilt wegen „Hochverrat“ zu 12 Jahren Straflager.



Siarhei Shametsko, in Haft seit dem 21. September 2021. Verurteilt wegen „Hochverrat“ zu 12 Jahren Gefängnis.

Diese Mitglieder der belarussischen Vereinigung Rabochy Rukh (Arbeiterbewegung) wurden des Hochverrats, der Verleumdung und der Gründung oder Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation beschuldigt, weil sie Streiks für freie Wahlen organisiert hatten. Im Februar 2023 wurden sie zu sehr hohen Haftstrafen verurteilt.